

Ausschuss Energie

Nachrichtlich:

Geschäftsführer der Mitgliedsverbände

EN-2019-033

17. Dezember 2019

Bt/mom/wi

Green Deal der EU-Kommission

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Europäische Kommission hat in der vergangenen Woche ihre Mitteilung zum sogenannten „Europäischen Green Deal“ veröffentlicht, der bereits im Sommer 2019 angekündigt wurde. Darin geht die Kommission davon aus, dass die Treibhausgasemissionen in Europa mit den bestehenden Maßnahmen um lediglich rund 60 % bis 2050 zurückgehen dürften und das in Paris vereinbarte globale Minderungsziel somit verfehlt würde. In ihrer Mitteilung stellt sie daher eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt in verschiedenen Bereichen vor (u.a. in der Klima-, Energie-, Umwelt-, Verkehrs-, Bau-, Landwirtschafts- und Außenpolitik). Aus Sicht des bbs sind insbesondere folgende Maßnahmen relevant:

Klimapolitik

- Treibhausgasneutralität bis 2050 (Vorschlag eines „EU-Klimaschutzgesetzes“ bis März 2020): Bisläng -80 bis -95% ggü. 1990
- Verschärfung EU-Klimaziel 2030 (Vorschlag bis Sommer 2020): Statt bisher -40 % dann -50 bis -55 % Treibhausgasemissionen ggü. 1990
- EU-Emissionshandel (Reformvorschlag bis Juni 2021): Ggf. Anpassung linearer Reduktionsfaktor (LRF) an neue 2030er Ziele; ggf. Ausweitung auf andere Sektoren (Seeverkehr, Straßenverkehr, Gebäude)
- CO₂-Grenzausgleichssystem für ausgewählte Sektoren als Alternative zur Benchmark-Zuteilung (Vorschlag in 2021)
- Breakthrough-Technologien: Fördermittel für CCS und CCU innerhalb bestehender Programme; CO₂- und Wasserstoff-Infrastrukturen im Rahmen der TEN-E (Trans-europäische Energienetze; Vorschlag ggf. in 2020)

Energiepolitik

- Novellierung der Energiesteuerrichtlinie (Vorschlag bis Juni 2021)
- Neue Umwelt- und Energie-Beihilfeleitlinien (Verabschiedung bis 2021)
- Strategie für Offshore-Windenergie (Vorschlag in 2020)

Umweltpolitik

- Aktionsplan Kreislaufwirtschaft mit Schwerpunkt u.a. im Bausektor (Vorschlag bis März 2020)
- Biodiversitätsstrategie (Vorschlag bis März 2020)
- Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden (Vorschlag in 2021)

Baupolitik

- Bewertung der Renovierungsstrategien der Mitgliedstaaten (2020)
- Überarbeitung Bauprodukteverordnung
- Stakeholder-Initiative zur Renovierung (2020)

Verkehrspolitik

- Förderung des Schienengüterverkehrs und des Binnengüterschiffsverkehrs (Vorschlag bis 2021)
- Ggf. neue Vorschläge zu „wirksamen Straßenbenutzungsgebühren in der EU“ (Eurovignetten-Richtlinie)
- Überprüfung der Richtlinie zum Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und der Verordnung über das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) (2021)

Eine Bewertung des Europäischen Green Deals ist aus Sicht des bbs derzeit noch schwierig, da die vorliegende Mitteilung lediglich erste inhaltliche Eckpunkte skizziert und mit einem Zeitplan unterlegt. Bei vielen der angekündigten Maßnahmen handelt es sich zudem um Projekte, die unabhängig vom Green Deal ohnehin vorgesehen waren (z.B. die Novellierung der Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien; Biodiversitätsstrategie). Positiv zu sehen ist derzeit, dass die EU-Kommission im März 2020 eine begleitende Industriestrategie vorlegen wird und sich konkret mit CCS, CCU und CO₂- sowie Wasserstoff-Infrastrukturen beschäftigt.

Über die weiteren Entwicklungen halten wir Sie auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e.V.



Michael Basten
Hauptgeschäftsführer



Manuel Mohr
Koordination Energiepolitik

Anlagen